

Pressemitteilung

05. Februar 2024

LINKE STELLT 7-PUNKTEPLAN ZUR SIGNA-PLEITE VOR

Warenhäuser für alle - SIGNA-Immobilien vergesellschaften - Arbeitsplätze sichern - [Gerade bei uns in Stadt / Kommune einfügen]

Das Spekulationsgeschäft von SIGNA ist geplatzt. Übrig bleiben Bauruinen und Leerstand in den Innenstädten, sowie Tausende Angestellte in Angst um ihren Arbeitsplatz. [Lokalen Bezug einfügen z.B. Gerade in unserer Stadt zeigt sich dies an]

Wir dürfen unsere Städte, insbesondere unsere Innenstädte nicht profitgesteuerten Investoren überlassen. Stattdessen brauchen wir eine soziale und ökologische Stadtplanung, die Gemeinschaftsräume schafft und Versorgungsstrukturen für die Menschen sichert. Das gelingt nur, wenn die Innenstädte nicht an Spekulanten verhökert werden, sondern in kommunaler Hand sind – [gerade in unserer Stadt / Gemeinde].

Janine Wissler Vorsitzende der Partei Die Linke heute in Berlin:

„Während René Benko mit seinen lukrativen Grundstücken und Immobilien seine Taschen füllt, fährt er die Galeria Kaufhof-Kette bewusst vor die Wand. Die Leidtragenden sind die Beschäftigten und die Kunden. Es ist eine Frechheit, dass jemand wie Benko Geld aus Unternehmen zieht und nicht mal dafür geradestehen muss, wenn er den Karren an die Wand fährt. So viel zu der Mär, dass Spitzeneinkommen gerechtfertigt seien aufgrund des unternehmerischen Risikos. Die Vorstellung, der Markt könne Probleme selbst lösen, ist nichts als ein Märchen.

Nun ist es an der Zeit, die Beschäftigten und die Standorte zu sichern - aber ohne die Benko-Spielereien. Wo die öffentliche Hand lange einen Schutzschirm gespannt hat, ist sie nun in der Verantwortung, Schutz für die Beschäftigten zu garantieren.“

Martin Schirdewan, Vorsitzender der Partei Die Linke erklärt heute in Berlin:

„Große Unternehmen nutzen ihre Gewinne zur eigenen Expansion und wenn es nicht mehr rund läuft, sollen die Steuerzahler die entstandenen Verluste auffangen.



Pressemitteilung

Anstatt weiterhin Geld und Hoffnung in die Signa zu investieren, sollten die Kommunen aktiv werden und die Grundstücke in öffentliche Hand überführen. Insbesondere die vielen Kaufhäuser könnten als Orte für dringend benötigte Sorgezentren fungieren: zum Beispiel für medizinische Versorgung, Pflege, Kinderbetreuung, Bibliotheken, Theater, Sozialberatung und Nachbarschaftszentren.“

Dazu XY Stadträt*in der Linken in [Stadt einfügen]: „Seit Jahren schauen wir dabei zu, wie Immobilien in unserer Innenstadt [Stadt einfügen] Investoren reich machen und nichts als leerstehende Ruinen hinterlassen. Es wird Zeit, sich die Innenstädte zurückzuerobern und den städtischen Raum selbst neu zu gestalten.“

Deshalb fordern Die Linke-Mitglieder der Parlamente auf Landes- und Kommunalebene, zusammen mit der Parteispitze Die Linke und kommunalen Initiativen ein radikales Umdenken in der Stadtgestaltung.

Das ist ein sehr starkes Zeichen! 70 Abgeordnete und Engagierte aus ganz Deutschland haben zusammengearbeitet, um etwas gegen den Ausverkauf unserer Städte zu unternehmen.

In der Anlage zu dieser Pressemitteilung finden Sie den 7-Punkteplan.

